

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1992

Weltwirtschaft ohne Schwung	1
Bundesrepublik Deutschland: Vor der Rezession?	7

DEUTSCHES INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG

WOCHENBERICHT 1-2/92

Berlin

9. Januar 1992

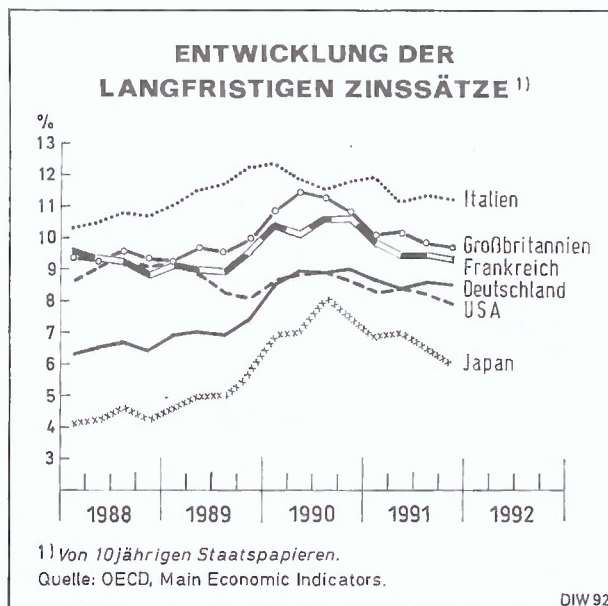
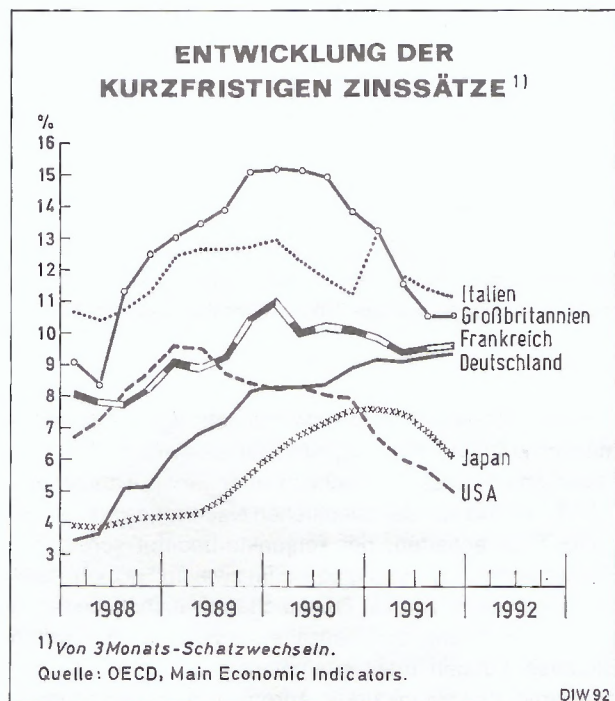
2. Ex.

59. Jahrgang

Grundlinien der Weltwirtschaftsentwicklung 1992

Weltwirtschaft ohne Schwung

Die weltwirtschaftliche Entwicklung ist gegenwärtig außerordentlich labil. Zwar wurde in den nordamerikanischen und in denjenigen europäischen Ländern, die sich in einer Rezession befanden, die Talsohle zumeist schon im letzten Sommer durchschritten. Die Auftriebskräfte sind aber noch sehr schwach; in den USA flachte sich das Wachstum zuletzt sogar wieder ab. In Japan und in Westdeutschland hat sich die wirtschaftliche Entwicklung deutlich abgeschwächt, und in vielen westeuropäischen Ländern macht



sich negativ bemerkbar, daß der Importsog aus den neuen deutschen Bundesländern, von dem sie erheblich begünstigt waren, nachläßt.

Bei weiterhin engem finanzpolitischen Spielraum in den meisten westlichen Industrieländern kommt der Geldpolitik die Schlüsselrolle zu. In Westeuropa sind indes die — infolge der deutschen Zinspolitik begrenzten — Möglichkeiten zu Zinssenkungen von den anderen europäischen Notenbanken, so in Frankreich, Großbritannien und Italien, bereits ausgeschöpft worden, ohne daß dies die wirtschaftlichen Aktivitäten schon nachhaltig belebt hätte. In den Ver-

Entwicklung des Bruttosozialprodukts und der Inlandsnachfrage in den westlichen Industrieländern

Länder	Gewichte ¹⁾ 1990 in vH		B S P real			Inlandsnachfrage ²⁾ real			Preise ³⁾		
	BSP	deutsche Ausfuhr	Veränderung in vH gegenüber Vorjahr								
			1990	1991	1992	1990	1991	1992	1990	1991	1992
Deutschland	10,3		2,8	1,5	2,0	4,3	5,0	2,0	2,4	5,0	5,5
Westdeutschland	9,4		4,5	3,0	1,0	5,0	3,5	2,0	3,4	4,5	4,5
Ostdeutschland	0,9		-13,3	-20,0	15,0	-0,4	15,5	3,5	-3,1	20,0	12,5
Frankreich	7,4	16,0	2,8	1,5	2,0	3,1	1,5	2,0	2,8	3,5	3,0
Italien	6,7	11,5	2,0	1,0	2,0	1,9	1,0	2,0	7,5	7,5	6,0
Großbritannien	6,2	10,4	0,8	-2,0	1,5	-0,1	-2,5	1,5	6,8	6,5	5,0
Spanien	3,1	4,4	3,7	2,5	3,0	4,7	3,0	3,5	7,3	6,5	6,0
Niederlande	1,7	10,4	3,5	2,0	2,0	3,4	1,5	1,0	3,3	3,0	3,5
Belgien	1,2	9,1	3,5	2,0	2,5	4,0	2,0	2,0	3,5	3,5	3,5
Dänemark	0,8	2,3	2,1	1,0	2,0	-0,7	0,5	2,0	2,3	3,0	3,0
Griechenland	0,4	1,2	0,0	0,5	1,0	2,3	0,5	1,0	20,0	18,0	14,0
Portugal	0,4	1,1	4,4	3,5	3,5	5,7	5,0	4,5	13,5	12,0	11,0
Irland	0,3	0,5	5,5	2,0	2,5	7,2	2,0	2,0	3,0	3,0	3,0
EG	38,5		2,5	1,0	2,0	2,8	1,8	2,0	4,8	5,5	5,0
EG ohne Deutschland	28,2		2,3	0,8	2,0	2,3	0,7	2,0	5,7	5,7	4,8
EG ohne Deutschland ⁴⁾		66,9	2,6	1,1	2,1	2,6	1,0	1,9	5,2	5,2	4,5
Schweiz	1,5	7,3	2,6	-0,5	1,5	2,2	-0,5	1,5	4,3	6,0	4,0
Schweden	1,4	3,2	0,3	-1,0	0,0	0,0	-1,5	0,0	9,2	9,5	4,0
Österreich	1,0	7,0	4,9	3,0	3,0	5,0	3,0	2,5	2,5	4,0	4,0
Finnland	0,9	1,4	0,4	-5,0	0,0	-0,4	-6,5	-1,0	5,2	5,0	3,5
Norwegen	0,7	1,1	1,8	2,5	3,0	-1,6	0,5	2,5	4,5	2,5	4,0
Europäische Industrieländer	43,9		2,4	0,8	1,9	2,6	1,5	1,9	4,9	5,6	4,9
Europäische Industrieländer ohne Deutschland	33,6		2,3	0,6	1,9	2,1	0,4	1,9	5,7	5,8	4,7
Europäische Industrieländer ohne Deutschland ⁴⁾		86,8	2,6	0,9	2,0	2,6	0,8	1,8	5,0	5,3	4,4
USA	34,1	8,9	1,0	-0,5	2,0	0,5	-0,5	2,0	4,1	4,0	3,0
Kanada	3,6	0,9	0,5	-1,0	3,0	-0,4	-1,5	3,0	3,0	4,0	3,5
Japan	18,5	3,3	5,6	4,5	3,0	5,8	3,0	3,0	1,9	2,5	2,0
Außereuropäische Industrieländer	56,1		2,5	1,1	2,4	2,2	0,6	2,4	3,3	3,5	2,7
Außereuropäische Industrieländer ⁴⁾		13,2	2,1	0,7	2,3	1,8	0,3	2,3	3,5	3,6	2,8
Insgesamt	100,0		2,4	1,0	2,2	2,4	1,0	2,2	4,0	4,4	3,6
Insgesamt ohne Deutschland	89,7		2,4	0,9	2,2	2,2	0,5	2,2	4,2	4,3	3,4
Insgesamt ohne Deutschland ⁴⁾		100,0	2,6	0,9	2,0	2,5	0,7	1,9	4,8	5,0	4,2

¹⁾ Auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1990 (Jahresdurchschnitt). — ²⁾ Verbrauch und Investitionen des Inlands. — ³⁾ Deflationierungsfaktor des BSP. — ⁴⁾ Gewichtet nach den Anteilen der Länder an der westdeutschen Warenausfuhr.

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsdaten gerundet.

einigen Staaten wurde zwar die Geldpolitik spürbar gelockert, die kurzfristigen Zinsen sanken erheblich. Angesichts der Belastungen durch zu risikoreiche Kreditvergaben in der Vergangenheit und einer Vertrauenskrise bei den Anlegern hat sich der Rückgang der kurzfristigen Zinsen nicht nachhaltig auf die Kapitalmarktzinsen ausgewirkt. Die Kreditnachfrage von Unternehmen und privaten Haushalten blieb gering. Auch in Japan, wo die Notenbank erst im Spätsommer 1991 die geldpolitische Wende einleitete, sind die anregenden Impulse noch wenig spürbar.

In den USA wird sich die Inlandsnachfrage wohl erst allmählich kräftigen. Das Abgleiten der US-Wirtschaft in eine neuerliche Rezession erscheint aber wenig wahrscheinlich. Zwar sind von der öffentlichen Nachfrage kaum Anregungen zu erwarten; bei konjunkturbedingt schwacher Einnahmenentwicklung ging sie im zweiten Halbjahr 1991 real sogar leicht zurück. Da der Staatshaushalt weiterhin unter dem Zwang zur Defizitbegrenzung steht, dürften Steuersenkungen oder Ausgabensteigerungen, die gegenwärtig als konjunkturelle Anregung diskutiert werden,

Entwicklung der Komponenten des Bruttosozialprodukts in den westlichen Industrieländern
reale Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Privater Verbrauch			Öffentlicher Verbrauch			Bruttoanlageinvestitionen			Exporte von Waren und			Importe Dienstleistungen		
	1990	1991	1992	1990	1991	1992	1990	1991	1992	1990	1991	1992	1990	1991	1992
Deutschland ¹⁾	5,6	2,5	2,5	2,5	1,0	0,5	7,3	8,5	4,0	3,0	-2,5	4,5	8,6	9,5	4,5
Westdeutschland	4,7	2,5	2,0	2,1	0,5	1,5	8,8	6,5	2,0	9,9	12,0	3,5	11,9	14,0	6,0
Ostdeutschland	12,6	3,0	4,0	5,0	2,0	-5,5	-5,2	29,5	23,5	19,1	3,0	28,0	72,4	88,5	0,0
Frankreich	3,1	2,0	2,5	3,1	2,0	1,5	4,0	0,5	3,0	5,1	3,0	4,5	6,4	3,5	4,5
Italien	2,7	2,0	2,5	1,0	1,0	1,0	3,0	0,0	2,5	7,5	3,5	4,5	6,7	3,0	5,0
Großbritannien	1,0	-1,0	1,0	2,8	0,5	1,0	-2,4	-9,0	1,0	4,8	0,0	4,5	1,3	-2,0	4,0
Spanien	3,5	2,5	3,0	4,5	2,0	2,0	7,0	5,5	6,5	5,0	6,0	5,5	8,0	7,0	6,5
Niederlande	3,7	2,5	2,0	1,0	0,0	0,0	5,0	0,5	0,0	4,6	4,0	4,5	4,4	3,5	3,5
Belgien	3,5	2,5	3,0	0,5	0,5	0,5	7,0	2,0	3,0	5,5	4,0	5,0	6,0	4,0	4,5
Dänemark	1,0	1,0	2,5	-0,4	-0,5	0,0	-1,9	-0,5	3,5	8,7	3,5	4,5	2,1	2,5	4,5
Griechenland	2,0	0,5	1,0	0,5	0,0	0,0	5,0	0,0	4,0	2,0	4,5	5,5	7,5	2,5	4,0
Portugal	4,5	4,5	4,0	3,5	2,5	2,0	8,0	7,0	7,0	12,0	7,5	8,5	12,5	9,0	8,5
Irland	3,5	3,0	3,0	1,0	1,0	0,5	9,5	4,0	4,0	6,0	5,0	6,0	8,5	5,0	5,5
EG ²⁾	3,3	1,7	2,3	2,3	1,1	0,9	4,2	1,8	3,2	4,9	1,4	4,7	6,2	4,5	4,6
EG ohne Deutschland ²⁾	2,6	1,4	2,2	2,3	1,1	1,1	3,0	-0,7	2,8	5,7	3,1	4,8	5,3	2,7	4,6
Schweiz	1,5	1,0	2,0	3,2	3,0	2,5	2,2	-3,0	-1,0	3,0	1,0	3,5	3,0	1,0	3,0
Schweden	-0,3	0,0	-0,5	1,9	1,0	1,0	-1,8	-7,0	-2,0	1,2	-2,0	-0,5	0,5	-3,5	-1,0
Österreich	3,6	3,0	3,0	1,5	1,0	0,5	4,7	5,0	4,5	9,7	6,5	6,0	9,7	6,5	5,0
Finnland	0,5	-2,0	0,0	4,4	3,0	2,0	-5,0	-15,0	-5,0	1,8	-7,0	3,5	-1,0	-11,0	0,0
Norwegen	2,6	2,0	3,0	2,3	2,0	1,0	-28,5	0,0	5,5	7,8	4,5	4,5	2,6	1,5	4,5
Europäische Industrieländer ²⁾	3,1	1,6	2,2	2,4	1,2	1,0	3,3	1,0	2,7	4,8	1,4	4,5	5,8	3,8	4,3
Europäische Industrieländer ohne Deutschland ²⁾	2,4	1,3	2,1	2,3	1,2	1,2	2,1	-1,3	2,3	5,5	2,8	4,5	4,9	2,2	4,2
USA	0,9	0,0	2,0	1,6	0,5	0,0	0,9	-5,0	2,5	6,4	4,5	5,0	2,8	2,0	7,0
Kanada	1,3	-1,0	2,5	3,1	1,5	1,0	-3,3	-3,5	4,0	3,8	0,5	5,0	0,8	-0,5	4,5
Japan	4,0	3,0	3,5	1,4	3,0	2,5	10,9	4,0	2,5	10,9	6,0	4,5	11,9	-2,0	4,5
Außereuropäische Industrieländer ²⁾	1,8	0,8	2,5	1,7	1,1	0,6	5,5	-0,5	2,6	7,7	4,6	4,8	5,5	0,4	5,9
Insgesamt ²⁾	2,4	1,2	2,4	2,0	1,1	0,8	4,6	0,1	2,6	5,9	2,6	4,6	5,7	2,5	4,9
Insgesamt ohne Deutschland ²⁾	2,1	1,0	2,3	2,0	1,1	0,8	4,3	-0,8	2,5	6,5	3,6	4,6	5,2	1,4	5,0

¹⁾ Angaben um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. — ²⁾ Gewichte 1990 auf Dollarbasis zu Wechselkursen von 1990 (Jahresdurchschnitt).

Quellen: Nationalstatistiken sowie Schätzungen offizieller und privater Institutionen und des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

allenfalls gering ausfallen. Die privaten Haushalte werden ihre Zurückhaltung in der Ausgabengestaltung aber wohl nach und nach aufgeben. Dazu trägt bei, daß sich die reale Kaufkraft bei fortgesetzter Verringerung des Preisauftriebs verbessert, die Kreditbedingungen als verzögerte Reaktion auf die expansive Geldpolitik noch etwas günstiger werden dürften und die privaten Haushalte ihre Nettoschuldenposition im Laufe des letzten Jahres abgebaut haben. Der private Konsum und die Wohnungsbauinvestitionen werden daher wieder deutlicher aufwärtsgerichtet sein. Bei auch wechselkursbedingt guter preislicher Wettbewerbsposition dürfte sich der Exportanstieg wieder etwas beschleunigen. Das Leistungsbilanzdefizit könnte dabei nochmals etwas abgebaut werden. Die Investitionsnei-

gung der Unternehmen wird sich — auch angesichts der günstigen Finanzierungsbedingungen und moderat steigender Lohnstückkosten — festigen. Nach dem Rückgang im vergangenen Jahr um 0,5 vH dürfte das Bruttosozialprodukt in diesem Jahr um gut 2 vH zunehmen. Der Preisanstieg wird mit knapp 3,5 vH etwa einen Prozentpunkt geringer sein als im Vorjahr.

In Japan fällt die konjunkturelle Abkühlung etwas stärker aus als zunächst erwartet. Impulse kommen im wesentlichen von der Geldpolitik. Die Finanzpolitik verhält sich eher zögernd. Zwar sollen die öffentlichen Investitionen künftig wieder kräftiger ausgeweitet werden als vorher. Hemmend könnte es aber wirken, sollte die Regierung ihre

Entwicklung des Bruttoeinkommens, des Stückgewinns und der Lohnstückkosten in den westlichen Industrieländern
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Länder	Bruttoeinkommen aus						Stückgewinn ¹⁾			Lohnstückkosten ²⁾					
	Unternehmertätig- keit und Vermögen			unselbständiger Arbeit											
	in Landeswährung												in SZR		
	1990	1991	1992	1990	1991	1992	1990	1991	1992	1990	1991	1992	1990	1991	
Deutschland	4,6	0,0	8,0	7,1	7,5	6,0	1,6	-1,5	6,0	4,1	6,0	4,0	14,4	2,2	
Westdeutschland	8,8	2,0	3,0	7,5	8,5	5,0	3,9	-1,5	2,0	2,7	5,0	4,5	12,9	1,3	
Ostdeutschland	-24,9	-24,5	82,0	4,1	-0,5	16,5	-12,7	-1,5	64,5	21,1	30,0	5,5	33,1	25,4	
Frankreich	4,0	5,0	5,0	6,6	5,0	5,0	1,2	3,5	3,0	3,7	3,5	3,0	14,8	-1,1	
Italien	3,6	9,5	7,5	11,7	10,0	8,5	1,6	8,5	5,5	9,6	9,0	6,5	18,6	4,3	
Großbritannien	3,8	-4,0	3,5	11,6	7,0	7,5	3,0	-2,0	2,0	10,6	9,0	6,0	13,7	6,7	
Spanien	15,7	10,5	11,0	8,0	8,0	7,5	11,6	8,0	8,0	4,2	5,5	4,5	14,3	2,5	
Niederlande	7,4	10,0	10,0	6,1	2,5	3,0	3,7	8,0	8,0	2,4	0,5	1,0	12,6	-3,1	
Belgien	6,3	6,5	8,0	5,0	5,0	5,0	2,7	4,5	5,5	1,4	3,0	2,5	13,0	-0,2	
Dänemark	9,2	3,0	6,5	3,2	4,5	4,5	7,0	2,0	4,5	1,1	3,5	2,5	12,8	-0,7	
Griechenland	21,1	19,0	15,5	19,0	18,0	15,0	21,1	18,5	14,0	19,0	17,5	14,0	15,2	1,5	
Portugal	21,2	17,0	17,0	16,0	15,0	13,0	16,1	13,0	13,0	11,1	11,0	9,0	16,0	8,8	
Irland	14,7	5,0	7,5	5,0	5,0	4,5	8,7	3,0	4,5	-0,5	3,0	2,0	9,8	-1,1	
EG ³⁾	6,3	5,1	7,5	8,5	7,1	6,5	3,0	2,7	5,2	5,2	5,6	4,1	14,5	1,8	
EG ohne Deutschland ³⁾	6,8	6,6	7,4	9,1	7,0	6,7	3,6	4,5	4,9	5,7	5,4	4,1	14,5	1,6	
Schweiz	3,1	1,5	4,5	8,9	7,5	6,0	0,7	7,0	3,0	6,3	8,0	4,5	18,2	3,6	
Schweden	8,6	17,0	4,0	10,0	6,0	4,0	8,3	18,0	4,0	9,7	7,0	4,0	12,9	3,7	
Österreich	9,3	8,5	8,5	7,6	6,5	6,5	4,1	5,5	5,5	2,6	3,5	3,5	12,8	-0,1	
Finnland	0,8	-14,5	1,5	8,0	4,5	4,0	0,4	-10,0	1,5	7,5	10,0	4,0	13,9	4,4	
Norwegen	17,0	5,5	12,0	4,4	5,0	5,0	15,0	3,0	8,5	2,5	2,5	2,0	6,8	-2,0	
Europäische Industrieländer ³⁾	6,4	5,0	7,3	8,5	7,0	6,9	3,3	3,3	5,1	5,3	5,7	4,0	14,4	1,9	
Europäische Industrieländer ohne Deutschland ³⁾	6,8	6,3	7,2	9,0	6,8	6,4	3,9	5,0	4,8	5,8	5,6	4,0	14,4	1,7	
USA	2,6	2,5	6,0	5,4	4,0	4,5	1,6	3,0	4,5	4,4	4,5	2,5	-1,3	3,7	
Kanada	-4,1	-2,0	11,0	6,7	5,0	5,0	-4,5	-1,5	8,0	6,2	6,0	2,0	1,8	7,3	
Japan	5,7	8,5	2,5	6,5	6,0	5,5	0,1	4,0	0,0	0,8	1,5	2,5	-9,3	8,2	
Außereuropäische Industrieländer ³⁾	3,3	4,4	5,0	5,8	4,7	4,8	0,1	2,6	3,5	3,4	3,7	2,4	-3,6	5,9	
Insgesamt ³⁾	4,7	4,7	6,1	6,9	5,6	5,4	2,2	3,1	4,6	4,7	5,0	3,5	8,3	3,2	
Insgesamt ohne Deutschland ³⁾	4,8	5,2	5,9	6,9	5,4	5,4	2,4	4,0	4,3	4,8	4,8	3,4	7,0	3,4	

1) Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts (für Deutschland: Bruttoinlandsprodukt).

— 2) Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit je Einheit des realen Bruttoinlandsprodukts (für Deutschland: Bruttoinlandsprodukt). —

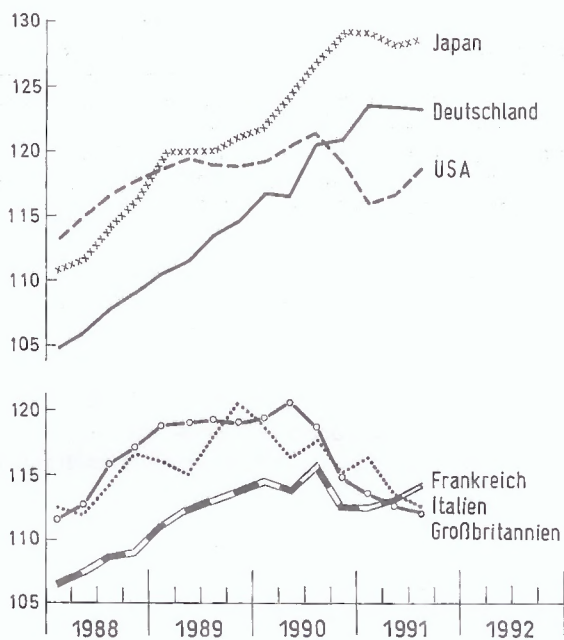
3) Gewichtet mit Anteilen von 1990. Für 1) und 2): Gewichtet nach Exportanteilen, wie sie — mit Ausnahme der USA — der Berechnung des SZR zugrunde liegen.

Quellen: OECD, Economic Outlook. SAEG, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen; Nationalstatistiken und Schätzungen des DIW. Geschätzte und prognostizierte Veränderungsraten gerundet.

Absicht wahr machen, konjunkturbedingte Haushaltsdefizite durch Erhöhungen von direkten und indirekten Steuern oder durch eine stärkere Begrenzung der laufenden Ausgaben auszugleichen, um dem Konsolidierungsziel näher zu kommen. Eine Beeinträchtigung der Konsum- und der Investitionsneigung wäre dann nicht auszuschließen, so daß sich die wirtschaftliche Erholung verzögern könnte. Insgesamt werden jedoch die günstigen Finanzierungsbedingungen dafür sorgen, daß sich die privaten Anlageinvestitionen, die wegen der geschmälernten

Renditen beeinträchtigt sind, im Jahresverlauf wieder beleben, zumal die Kapazitätsauslastung trotz des konjunkturbedingten Rückgangs immer noch vergleichsweise hoch ist und die Engpässe am Arbeitsmarkt kaum beseitigt sind. Auch die privaten Wohnungsbauinvestitionen dürften nun wieder steigen. Die Exportentwicklung wird davon abhängen, wie schnell die Weltwirtschaft an Fahrt gewinnt. Bremsend wirkt hier die Stärke des Yen gegenüber dem Dollar. Insgesamt ist jedoch zu erwarten, daß die Exporte mit der Steigerung der Importe zumindest Schritt halten, so

ENTWICKLUNG DER PRODUKTION IM VERARBEITENDEN GEWERBE 1985 = 100



Quelle: OECD, Main Economic Indicators.

DIW 92

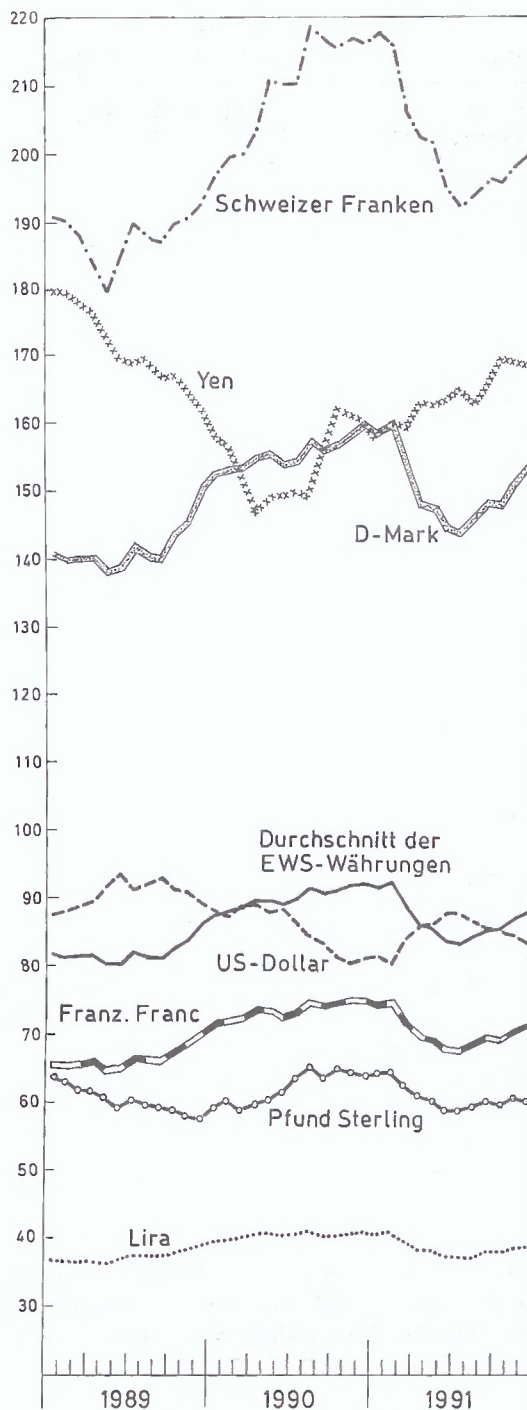
daß die Überschüsse im Außenhandel eher etwas zunehmen werden. Nach einer noch vergleichsweise kräftigen Steigerung von gut 4½ vH im letzten Jahr dürfte das Sozialprodukt in diesem Jahr nur um knapp 3 vH wachsen. Der Preisanstieg wird sich wohl noch etwas verlangsamen und — steuerbedingte Preiserhöhungen ausgeschlossen — bei knapp 2½ vH liegen, nach gut 3 vH im letzten Jahr.

In Westeuropa gibt es noch keine eindeutige Wachstumstendenz. Zur konjunkturellen Belebung in einigen Ländern beigetragen haben die monetäre Lockerung seit etwa einem Jahr, rückläufige Inflationsraten und verbesserter Absatz im Gefolge des noch kräftigen Wachstums der westdeutschen Wirtschaft. In jüngster Zeit sind indes Zweifel an der Stabilität der Aufwärtsentwicklung angebracht, da die vereinigungsbedingten Nachfrageimpulse aus Deutschland auslaufen und die deutsche Hochzinspolitik bremsend wirkt.

Die monetäre Lockerung war einer Reihe westeuropäischer Länder zunächst ohne Wechselkursreaktionen gelungen, da sich die deutsche Leistungsbilanz nach der Vereinigung drastisch passivierte und die D-Mark auch infolge erhöhter Inflationserwartungen unter Druck geriet. Schon im Spätherbst des vergangenen Jahres war es aber in einigen Ländern zur Paritätssicherung wieder erforderlich

BEWEGUNG DER KURSE AUSGEWÄHLTER WÄHRUNGEN GEGENÜBER SZR¹⁾

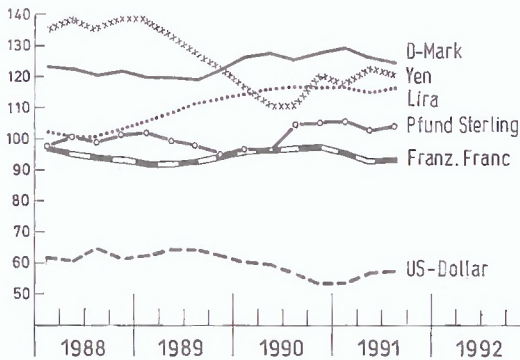
Februar 1973 = 100



¹⁾ Sonderziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds.

DIW 92

**BEWEGUNG DER
REALEN EFFEKTIVEN KURSE¹⁾
AUSGEWÄHLTER WÄHRUNGEN
1985 = 100**



¹⁾ Lohnstückkostenbereinigte Wechselkurse, gewichtet mit den Anteilen des Außenhandels mit Industriegütern. Quartalsdurchschnitt.

Quelle: IMF, International Financial Statistics.

DIW 92

geworden, das Zinsniveau etwas (Frankreich) oder sogar kräftig (Schweden) anzuheben. Nachdem die Bundesbank

aus Stabilisierungserwägungen heraus jetzt noch einmal die Leitzinsen erhöht hat und viele europäische Länder folgen mußten, wächst die Sorge, die sich erst zaghaft erholende Konjunktur könne wieder anfällig werden.

Die Möglichkeiten der Finanzpolitik zu einem Gegensteuern sind eher gering. Nach einer Reihe von Jahren, in denen die finanzpolitische Konsolidierung nur teilweise gelang, wird die Finanzpolitik in den meisten Ländern allenfalls den konjunkturbedingten Anstieg des Budgetdefizits hinnehmen. Die jüngsten Vereinbarungen von Maastricht, die künftig sowohl auf einen Ausschluß von Realignments zwischen den beteiligten Währungen als auch auf eine weitere Reduzierung der Staatsverschuldung und der laufenden Budgetdefizite hinwirken, engen schon kurzfristig die Wirtschaftspolitik ein, da die Länder bestrebt sein müssen, bis 1996 den gestellten Anforderungen hinsichtlich der Geld- und Finanzpolitik näher zu kommen.

Gegenwärtig ist die Gefahr inflationärer Entwicklungen — bei überwiegend moderaten Lohnsteigerungen — in den meisten Ländern gering, die Gefahr einer rasch zunehmenden Arbeitslosigkeit dagegen hoch. Die Geldpolitik ist daher gefordert. Zinssenkungen in Westeuropa lassen sich indes nur durchsetzen, wenn die Bundesbank ihre Geldpolitik lockert.

Bundesrepublik Deutschland: Vor der Rezession?

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland ist in eine äußerst kritische Phase geraten. In Westdeutschland ist der Boom, der die zweite Hälfte der achtziger Jahre und das Jahr der Vereinigung gekennzeichnet hatte, schon im letzten Sommer zu Ende gegangen. In Ostdeutschland hat sich die Wirtschaft zwar auf extrem niedrigem Niveau stabilisiert, ein durchgreifender, von Marktkräften getragener Aufschwung ist aber noch nicht in Sicht¹. In dieser Situation sind die ersten Weichen für 1992 gestellt worden:

- Die Geldpolitik hat mit der Festlegung ihres Geldmengenziels für 1992 (das Geldvolumen M3 soll vom 4. Quartal 1991 bis zum 4. Quartal 1992 um 3,5 vH bis 5,5 vH zunehmen) einen restriktiven Kurs eingeschlagen. Nur die strikte Orientierung an der Obergrenze dieses Zielbandes ließe sich als Fortführung einer „stetigen Geldpolitik“ interpretieren.
- Die Gewerkschaften haben erste Lohnforderungen für 1992 gestellt. Mit zum Teil über 10 vH in Westdeutschland sind diese weit von einer — im Hinblick auf die auch von den Arbeitnehmern zu tragenden Lasten der deutschen Vereinigung — stabilitätspolitisch vertretbaren Linie entfernt. In Ostdeutschland ist trotz massiver Arbeitsmarktprobleme der Druck auf eine rasche Angleichung der Löhne an das Westniveau unverändert groß.

Die Weichen sind damit in Richtung auf den schon klassisch zu nennenden Konflikt von Geld- und Lohnpolitik gestellt, dessen Austragung die Wirtschaft der Bundesrepublik Mitte der siebziger Jahre in eine schwere Rezession führte. Nun könnte man eine Abschwächung in Westdeutschland als den normalen Abschluß eines langen Aufschwungs ansehen, der die Voraussetzungen für einen neuen Wachstumsprozeß schafft. In der Situation des ökonomisch noch immer geteilten Deutschland ist das anders. Was für Westdeutschland lediglich einer Korrektur der Preisentwicklung und der Verteilung diene, käme für Ostdeutschland einer wirtschaftlichen Katastrophe gleich, bedeutete es doch, daß private und öffentliche Investitionen gekürzt oder vertagt würden. Hier sind Investitionen aus dem Westen aber das Mittel schlechthin, um Arbeitsplätze zu erhalten und neue zu schaffen. Abstriche bei der Investitionstätigkeit würden den Prozeß einer ökonomisch fundierten Angleichung der Lebensverhältnisse noch weiter verlangsamen und hätten schließlich unübersehbare Folgen für die öffentlichen Haushalte in Deutschland.

Die für das Jahr 1992 vorliegenden recht optimistischen Prognosen für Westdeutschland beruhen auf Setzungen bezüglich der Geld- und Lohnpolitik, bei denen der Konflikt zwischen beiden nicht voll zu Buche schlägt. Zwar wird die Wachstumsabschwächung mit der Restriktionswirkung der Geldpolitik erklärt. Alle Prognosen setzen aber auf ein Nachlassen der Restriktion im Zuge relativ stabilitätskonformer Lohnabschlüsse im laufenden Jahr. Auch die Kon-

junkturerholung in den übrigen westlichen Industrieländern und damit die für den deutschen Export erwartete Belebung sind davon abhängig.

Diese Variante ist nun unwahrscheinlicher geworden. Dennoch beruht auch das hier vorgelegte Zahlentableau noch auf der Annahme, daß sich die am Wirtschaftsprozeß Beteiligten maßvoll verhalten. Eine Fortsetzung des Restriktionskurses der Geldpolitik und Lohnabschlüsse, die über 5 vH hinausgehen, sind darin nicht enthalten. Unter solchen Bedingungen würde es im Laufe des Jahres zu einer allmählichen Belebung in Westdeutschland kommen. Das reale Bruttosozialprodukt könnte — getragen vom Export — im Jahresdurchschnitt um 1 vH steigen, die Beschäftigung würde nochmals expandieren. Die Verteilung veränderte sich auch in diesem Fall zugunsten der Arbeitnehmer, da die Produktivität praktisch nicht mehr zunimmt. Damit würde sich freilich die internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen verschlechtern, was über das Jahr 1992 hinaus negative Folgen für den Export hätte. Insofern ist selbst dieses Szenario lediglich ein Schritt hin zu einer langfristigen Lösung der Probleme. Alle Beteiligten müssen sich darauf besinnen, welche Dimension die wirtschaftliche Aufgabe in Deutschland hat, die es zu bewältigen gilt, und welche Lasten von jeder Gruppe zu tragen sind. Wenn alle großen Gruppen jetzt nur ihre Partikular-Interessen verfolgen, werden am Ende alle Schaden davontreiben.

Worum es geht

Um es noch einmal deutlich zu sagen: Ein Aufholen Ostdeutschlands gegenüber dem Westen ist nur mit Hilfe einer massiven Investitionstätigkeit möglich. Dabei bestimmen Tempo der Lohnentwicklung und Wachstum des Kapitalstocks zusammen die Zahl der Arbeitsplätze, die in den neuen Bundesländern auf Dauer Bestand haben werden. Gegenwärtig ist die Kapitalbildung in den ostdeutschen Unternehmen unzureichend. Vor allem in der Industrie machen viele Unternehmen bei dem gegebenen Tempo der Lohnangleichung Verluste.

Derzeit vollzieht sich in Ostdeutschland die Kapitalbildung hauptsächlich über Kapitalimporte. Zum einen schaffen Mittel für investive Zwecke aus dem Staatshaushalt der Bundesrepublik wichtige Voraussetzungen für private Investitionen. Zum anderen fließt privates Kapital aus Westdeutschland und dem westlichen Ausland in großem Umfang in Industrie, Dienstleistungen und Bauwirtschaft

¹ Vgl. dazu: Gesamtwirtschaftliche und unternehmerische Anpassungsprozesse in Ostdeutschland. Vierter Bericht. Hrsg.: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin/Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 51-52/91.

Ostdeutschlands. Doch selbst dieses beträchtliche Engagement westlicher Investoren ist bei weitem nicht ausreichend, um alle — nach dem Ende des ersten Anpassungsschocks — noch bestehenden Arbeitsplätze zu sichern, wenn die Lohnangleichung an Westniveau bis Mitte der neunziger Jahre zum größten Teil vollzogen sein soll. Nach der Einführung der Marktwirtschaft hat sich die Wettbewerbssituation Ostdeutschlands nicht verbessert, sondern deutlich verschlechtert. Diese Entwicklung wird sich auch dann fortsetzen, wenn westliche Investoren im bisherigen Tempo weiter neue Arbeitsplätze schaffen.

Das Engagement westlicher Investoren ist aber in höchstem Maße gefährdet, falls es in Westdeutschland zu einer rezessiven Entwicklung kommt. Nach aller Erfahrung wird im Falle einer starken Gewinnkompression oder gar einer akuten Gefährdung von Unternehmen die Investitionstätigkeit am stärksten getroffen. Investitionsvorhaben werden gestreckt, verschoben oder gänzlich gestrichen, um zusätzliche Risiken zu vermeiden. In Ostdeutschland würde damit das Aufholen gegenüber dem Westen verlangsamt, die Entkoppelung von Produktions- und Einkommensentwicklung verstärkte sich.

Das wiederum bedeutete, daß auf die öffentlichen Haushalte — bei erheblichen rezessionsbedingten Steuerausfällen — weitere Ausgabenanforderungen zukämen. Damit wäre auch die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand gefährdet und die mittelfristig notwendige Konsolidierung des Staatsdefizits in Frage gestellt.

Ein Aufholprozeß der Einkommen in Ostdeutschland, der sich weitgehend auf Transfers aus den öffentlichen Budgets stützt, ist nur durchzuhalten, wenn im Westen die Bereitschaft vorhanden ist, diese Transfers auf breiter Basis zu finanzieren. Das heißt, daß auch Abstriche am real verfügbaren Einkommen hingenommen werden müssen. Was der Staat den Bürgern an Belastungen auferlegt, muß getragen werden, ohne daß sich große Gruppen durch eigene Einkommensansprüche von den Anpassungslasten freizustellen versuchen. Es wäre eine inkonsistente und gefährliche Politik, würden die durch die rasche Angleichung der Ostlöhne mitverursachten Belastungen der Gesellschaft im Westen nicht akzeptiert, sondern weitgehend den Unternehmen zugeschoben werden. Damit wird das einzige Mittel blockiert, mit dem die kräftigen Lohnsteigerungen in Ostdeutschland am Ende ökonomisch zu fundieren sind, nämlich Investitionen.

Hindernisse

Wie immer in Phasen der Hochkonjunktur rechtfertigen die Arbeitnehmervertreter hohe Lohnforderungen vor allem mit der in der Aufschwungphase eingetretenen Umverteilung zugunsten der Unternehmen. Doch diesmal gibt es einen weiteren Aspekt. Im Zuge der Neuorientierung der Wirtschaftspolitik hin zur sogenannten Angebotspolitik hat der Staat massiv in die Nettoverteilung eingegriffen und die

am Markt ohnehin angelegte Umverteilung zugunsten der Unternehmen und der Bezieher hoher Einkommen noch einmal verstärkt. Trotz angespannter Haushaltslage setzt sich diese Politik mit der Ankündigung weiterer Entlastungen im Bereich der Unternehmen in den nächsten Jahren fort.

Bei den Auseinandersetzungen in den kommenden Wochen gilt es sorgfältig zwischen der sich marktmäßig ergebenden Bruttoverteilung und den Auswirkungen staatlichen Handelns zu unterscheiden. Die am Markt eingetretene Gewinnexplosion der Unternehmen in den achtziger Jahren ist die eine Seite des Aufschwungs. Die andere und davon nicht zu trennende Seite ist eine Beschäftigungsexpansion, die bis zuletzt anhielt und alle Erwartungen weit übertroffen hat. Von 1989 bis 1991 fanden nahezu zwei Millionen Menschen in Westdeutschland zusätzlich einen Arbeitsplatz. Bemerkenswert ist, daß selbst in der gegenwärtigen Schwächephase der Konjunktur die Unternehmen weitgehend den Beschäftigungsstand halten. Setzt sich diese Beschäftigungspolitik der Unternehmen fort, wird es auch in diesem Jahr keinen Produktivitätszuwachs geben. Auch dies gehört zur gegenwärtigen Phase der Konjunktur.

Die aus Marktprozessen resultierende Umverteilung ist nur um den Preis einer Abschwächung der Konjunktur zu korrigieren. Wenn die Gewinne unter Druck geraten, setzen die Unternehmen Arbeitskräfte frei, um die Kosten zu senken und die Krise zu überstehen. So wird die Last der Anpassung zu einem erheblichen Teil auf die Schwächsten am Arbeitsmarkt abgewälzt. In der gegenwärtigen Situation Deutschlands werden davon insbesondere die Menschen in Ostdeutschland betroffen sein. Eine Rezession wäre schon unter normalen Bedingungen ein hoher Preis für eine Korrektur der funktionalen Verteilung in Westdeutschland. Unter den besonderen Bedingungen der Vereinigung Deutschlands spricht insbesondere die Bedeutung westlicher Investitionen beim Aufbau Ostdeutschlands dafür, daß der Preis zu hoch wäre.

Vielfach herrscht die Illusion, in einer Marktwirtschaft könne man auch die Unternehmen gleichsam verpflichten, preispolitische Verantwortung zu übernehmen. Das können sie nicht, weil jedes einzelne Unternehmen sich den Gegebenheiten seines Marktes und den gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen hat und jeden Spielraum für Kostensenkung oder Preiserhöhung voll ausnutzen muß, um zu überleben. Ist das nicht so, ist die Wettbewerbspolitik gefordert; die Lohnpolitik kann Mangel an Wettbewerb auf einzelnen Märkten nicht für sich geltend machen.

Gerechtfertigt ist die Position der Gewerkschaften, was die Auswirkungen staatlicher Eingriffe in die Verteilung der Einkommen angeht. Der „Angebotspolitik“ als dem Leitbild der Wirtschaftspolitik fehlt noch immer eine stringente theoretische Begründung und eine empirische Fundierung. Wurde zunächst damit argumentiert, über Steuervergünstigungen für Investoren werde das Investieren angeregt und damit das Wachstum erhöht, spielte später immer

stärker die scheinbar gefährdete internationale Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen die zentrale Rolle bei der Begründung von Steuersenkungen im Unternehmensbereich. Beides ist fragwürdig.

Gerade dieser Aufschwung hat gezeigt, daß hohe Gewinne und Steuervergünstigungen für Unternehmen höchstens die notwendige, nicht aber die hinreichende Bedingung für Investitionsdynamik sind. In der ersten Hälfte des Aufschwungs (bis Anfang 1986) blieb trotz einer guten Gewinnentwicklung die Investitionstätigkeit schwach. Erst mit dem Aufleben der Weltkonjunktur (seit Anfang 1988) und dem „Nachfrageprogramm deutsche Vereinigung“ entstand der Investitionsboom, den die Angebotspolitik verheißen hatte.

Noch weniger einleuchtend ist das Argument der schwindenden Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen auf den Weltmärkten. Alle wichtigen Indikatoren zeigen, daß die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Exporteure in den achtziger Jahren ungefährdet war². Entscheidend dafür waren moderate Nominallohnabschlüsse, die sich in kaum steigenden Lohnstückkosten und damit in hoher Geldwertstabilität in der Bundesrepublik niederschlugen. Das DIW hat immer wieder davor gewarnt, Steuerbelastungen — für sich genommen — international zu vergleichen und andere, wichtigere Determinanten der internationalen Wettbewerbsfähigkeit zu vernachlässigen³. Der Versuch, durch staatliche Eingriffe die internationale Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft zu verbessern, die sich durch ein — im internationalen Vergleich — hohes Maß an Kosten- und Geldwertstabilität auszeichnet, ist schon deswegen zum Scheitern verurteilt, weil er — wie sich jetzt zeigt — den gesellschaftlichen Konsens, der der Geldwertstabilität zugrunde lag, untergräbt.

Schließlich ist es nur fahrlässig zu nennen, wie der Staat erhebliche Lasten der Vereinigung über die „Verschiebebahnhöfe“ der verschiedenen Sozialversicherungsträger einseitig den Arbeitnehmern aufgebürdet und bestimmte Gruppen (Selbständige, Beamte) weitgehend freigestellt hat.

Für alle diese im Grunde funktionslosen Eingriffe in die Einkommensverteilung wird jetzt eine Rechnung in Form der jüngst vorgelegten Lohnforderungen präsentiert. Trotz der Berechtigung solcher Forderungen vor dem Hintergrund staatlicher Eingriffe in der Vergangenheit: Der Korrekturversuch über Tarifverhandlungen ist insbesondere in dieser Situation Deutschlands das falsche Konzept.

Lösungen

Eine für die Gesellschaft befriedigende Lösung des sich anbahnenden Konflikts von Geld- und Lohnpolitik gibt es nicht, wenn alle Beteiligten — einschließlich des Staates — nur ihre partikulären Ziele im Auge haben. Die Gewerkschaften werden dann zwar bei der Umverteilung erfolgreich sein, und die Geldpolitik wird den Geldwert schließ-

lich stabilisieren; auf der Strecke aber bleiben die Arbeitslosen in Ost- und in Westdeutschland wie in Europa insgesamt. Die Bundesrepublik hat zwar den Aufschwung in den achtziger Jahren durch das Nachfrageprogramm im Zuge der Vereinigung verlängert und verstärkt, aber diese Impulse tragen nicht weiter. Europa wartet jetzt auf die normale zyklische Senkung des Zinsniveaus, die — ganz gleich, ob man angebotsorientierte oder nachfrageorientierte Konzepte verfolgt — für einen neuen Aufschwung notwendig ist. Die weltweite Erholung hängt also auch von der Fähigkeit Deutschlands ab, die Verteilungsprobleme zwischen Ost- und Westdeutschland inflationsneutral zu bewältigen.

Dazu müssen alle Gruppen einen substantiellen Beitrag leisten:

- Die Gewerkschaften verzichten darauf, in dieser Lohnrunde eine kräftige Umverteilung zu erreichen. Selbst bei Abschlüssen unter 5 vH wäre eine Umverteilung von Kapital zu Arbeit zu erwarten, da der Spielraum der Unternehmen für Kostenüberwälzungen gering ist. Die vom Staat ausgehende Verteilungswirkung muß in jedem Fall außer acht gelassen werden.
- Der Staat bietet im Gegenzug an, auf die Senkung der Gewerbesteuer und der betrieblichen Vermögensteuer gegenwärtig zu verzichten, eine zukünftige Unternehmenssteuerreform aufkommensneutral zu gestalten und die für Anfang 1993 geplante Mehrwertsteuererhöhung unter Beibehaltung des Solidaritätszuschlages auszusetzen. Zudem sollte es zu Verhandlungen darüber kommen, wie auch die bisher bevorzugten Gruppen stärker an der Finanzierung der Ausgaben für die deutsche Einheit beteiligt werden können.
- Die Geldpolitik verzichtet auf einen Restriktionskurs und bleibt auf der Linie einer stetigen Ausweitung des Geldangebots entsprechend den Produktionsmöglichkeiten der Volkswirtschaft. Unter Berücksichtigung einer „unvermeidbaren“ Preissteigerung von etwa 2 vH und der trendmäßigen Veränderung der Geldnachfrage ergibt sich dann eine Ausweitung des Geldangebots von 5½ bis 6 vH. Die Verwirklichung eines Zieles unterhalb dieser Größenordnung läßt sich in keinem Fall — also auch nicht bei wesentlich höheren Lohnabschlüssen — rechtfertigen. Kehrt die Geldpolitik zu einer stop and go-Politik zurück, übernimmt sie Verantwortung für den Anstieg der Arbeitslosigkeit und muß sich den Vorwurf gefallen lassen, den ihr vom Gesetzgeber eingeräumten Spielraum zu verlassen, innerhalb dessen sie autonom für die Stabilität des Geldwertes zu sorgen hat.

² Vgl. Internationale Vergleichbarkeit und Aussagekraft von Indikatoren zur Messung von Wettbewerbsfähigkeit. Gutachten des DIW im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft. Berlin 1991.

³ Vgl. Bundesrepublik Deutschland: Schwaches Wachstum mit hohem Risiko. Bearb.: Arbeitskreis Konjunktur im DIW. In: Wochenbericht des DIW, Nr. 1-2/1988.

Käme es zu einem solchen Kontrakt der Vernunft, wäre eine Zinssenkung im Laufe dieses Jahres gesichert, da die Geldnachfrage schwächer expandierte als das Geldangebot. Die Bundesbank müßte diese Entwicklung mit den von ihr festgelegten „Leitzinsen“ nachvollziehen. Davon würde die wirtschaftliche Entwicklung in diesem Jahr zwar nicht mehr wesentlich geprägt, für 1993 wäre aber für das gesamte Europa die notwendige Voraussetzung für einen Aufschwung gegeben.

Es ist eine geradezu paradoxe Konstellation, daß in einer Zeit, in der — angesichts der Umwälzungen in Ostdeutsch-

land und Osteuropa — Investitionen das Gebot der Stunde sind, die makroökonomischen Weichen in diesen Ländern selbst und im Westen auf Investitionsrückgang gestellt sind. Die Erfahrungen in Ostdeutschland zeigen, daß der Übergang zur Marktwirtschaft noch nicht hinreichend ist, um die Investitionstätigkeit zu stimulieren. Wenn nun auch im Westen die Kapitalbildung eingeschränkt wird, weil stabilitätspolitische Probleme, deren Ursprung in Verteilungskonflikten liegt, nicht ohne Rezession ausgeräumt werden können, dann wird der Aufholprozeß in den östlichen Regionen Europas ins Stocken geraten, bevor er eigentlich begonnen hat.

Bundesrepublik Deutschland
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1991 und 1992

	1990	1991	1992	1991		1992	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Sozialprodukts
a) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	−0,6	−3,0	−2,0	−3,0	−2,5	−2,5	−1,5
Arbeitszeit	−2,9	−5,0	1,5	−7,1	−2,5	1,5	1,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	−3,4	−7,5	−0,5	−9,9	−5,0	−1,0	0,0
Produktivität ¹⁾	6,6	9,5	2,5	12,1	7,5	2,5	2,0
Bruttoinlandsprodukt real	2,9	1,5	2,0	1,0	2,0	1,5	2,5

b) 1000 Personen

Erwerbstätige (im Inland)	37280	36245	35505	36338	36150	35435	35580
Arbeitslose	2123	2600	3050	2532	2675	3105	3000
Arbeitslosenquote (vH) ²⁾	5,9	7,3	8,7	7,1	7,5	8,8	8,5
Kurzarbeiter	813	1770	830	2074	1465	935	730

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1474,5	1578,5	1688,5	761,1	817,5	814,5	874,0
Staatsverbrauch	516,1	553,5	589,5	255,5	298,5	272,5	317,0
Anlageinvestitionen	557,8	634,5	696,0	294,0	340,5	329,0	367,0
Ausrüstungen	254,5	295,0	320,5	136,0	159,0	151,0	169,5
Bauten	303,3	340,0	375,5	158,0	182,0	178,0	197,5
Vorratsveränderung	9,7	59,0	52,5	37,0	22,0	34,0	18,5
Außenbeitrag	105,8	16,0	25,0	14,0	2,0	17,5	7,5
Ausfuhr ³⁾	841,1	837,0	901,0	412,9	424,5	442,5	458,5
Einfuhr ³⁾	735,3	821,5	876,0	398,9	422,5	425,0	451,0
Bruttosozialprodukt	2663,9	2841,5	3051,5	1361,5	1480,0	1468,0	1584,0
nachrichtlich: Leistungsbilanzsaldo ⁴⁾	67,4	−44,5	−29,5	−19,2	−25,0	−9,5	−20,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	7,7	7,0	7,0	7,3	7,0	7,0	7,0
Staatsverbrauch	6,5	7,5	6,5	6,4	8,0	7,0	6,5
Anlageinvestitionen	11,2	14,0	9,5	11,9	15,5	12,0	7,5
Ausrüstungen	13,3	16,0	8,5	15,8	16,0	11,0	7,0
Bauten	9,5	12,0	10,5	8,9	15,0	13,0	8,5
Ausfuhr ³⁾	3,3	−0,5	7,5	−2,8	2,0	7,0	8,0
Einfuhr ³⁾	8,5	11,5	6,5	10,8	12,5	6,5	6,5
Bruttosozialprodukt	5,3	6,5	7,5	5,6	7,5	8,0	7,0

3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen vom 2. Hj. 1990

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1483,0	1518,5	1553,0	743,2	775,5	754,5	798,0
Staatsverbrauch	538,3	543,0	546,5	264,0	278,5	265,0	281,5
Anlageinvestitionen	562,5	609,5	634,5	286,1	323,5	303,5	331,0
Ausrüstungen	255,2	289,5	305,5	134,7	154,5	145,0	160,5
Bauten	307,2	320,0	329,0	151,5	168,5	158,5	170,5
Vorratsveränderung	20,2	65,0	56,0	42,1	22,5	38,5	17,5
Außenbeitrag	105,3	16,0	17,5	16,3	0,0	13,0	4,0
Ausfuhr ³⁾	844,5	825,0	862,0	410,2	415,0	429,0	433,0
Einfuhr ³⁾	739,2	809,0	844,5	393,8	415,0	415,5	429,0
Bruttosozialprodukt	2709,3	2752,0	2807,0	1351,9	1400,0	1375,5	1432,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	2604,0	2735,5	2790,0	1335,5	1400,0	1362,0	1428,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	5,6	2,5	2,5	3,6	1,5	1,5	3,0
Staatsverbrauch	2,5	1,0	0,5	0,6	1,0	0,5	1,0
Anlageinvestitionen	7,3	8,5	4,0	7,0	9,5	6,0	2,5
Ausrüstungen	11,8	13,5	5,5	13,9	13,0	7,5	3,5
Bauten	3,8	4,0	3,0	1,6	6,5	4,5	1,0
Ausfuhr ³⁾	3,0	−2,5	4,5	−4,2	−0,5	4,5	4,5
Einfuhr ³⁾	8,6	9,5	4,5	8,2	10,5	5,5	3,5
Bruttosozialprodukt	2,8	1,5	2,0	1,3	2,0	1,5	2,5
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	4,3	5,0	2,0	5,1	5,0	2,0	2,0

noch: Bundesrepublik Deutschland
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1990	1991	1992	1991		1992	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (2. Hj. 1990 = 100)
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	2,0	4,5	4,5	3,6	5,5	5,5	4,0
Staatsverbrauch	3,9	6,5	6,0	5,7	7,0	6,5	5,5
Anlageinvestitionen	3,7	5,0	5,5	4,6	5,5	5,5	5,0
Ausrüstungen	1,4	2,0	3,0	1,7	2,5	3,0	3,0
Bauten	5,5	7,5	7,5	7,1	8,0	8,0	7,5
Ausfuhr	0,3	2,0	3,0	1,5	2,5	2,5	3,5
Einfuhr	-0,1	2,0	2,0	2,4	2,0	1,0	3,0
Bruttosozialprodukt	2,4	5,0	5,5	4,3	5,5	6,0	4,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1478,2	1588,5	1687,0	736,1	852,0	793,0	894,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1212,7	1296,5	1379,0	601,2	695,0	648,0	731,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	859,4	883,0	928,5	417,1	466,0	434,5	494,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	611,5	610,0	660,0	314,2	296,0	332,5	327,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	519,0	510,5	555,0	268,6	241,5	281,5	274,0
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	415,8	448,5	492,5	229,5	219,0	248,5	244,0
Nichtentnommene Gewinne	103,2	62,0	63,0	39,1	23,0	33,0	30,0
Volkseinkommen	2089,7	2198,5	2347,0	1050,3	1148,0	1126,0	1221,5
Abschreibungen	329,8	357,0	389,5	174,6	182,5	190,5	199,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	244,3	286,0	315,0	136,7	149,0	151,5	163,5
Bruttosozialprodukt	2663,9	2841,5	3051,5	1361,5	1480,0	1468,0	1584,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,1	7,5	6,0	5,0	9,5	8,0	5,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,4	7,0	6,5	4,7	9,0	8,0	5,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	9,8	3,0	5,0	1,8	3,5	4,0	6,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	8,5	11,0	9,0	9,0	12,5	11,0	7,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	10,9	6,5	8,0	5,9	7,0	7,5	8,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	4,6	0,0	8,0	2,3	-3,0	6,0	10,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	6,8	-1,5	9,0	2,0	-5,5	4,5	13,5
Entnahmen ⁵⁾⁷⁾	8,5	8,0	10,0	8,3	7,5	8,5	11,5
Volkseinkommen	6,4	5,0	7,0	4,2	6,0	7,0	6,5
Abschreibungen	6,7	8,5	9,0	7,7	9,0	9,0	9,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	-4,4	17,0	10,0	14,6	19,5	11,0	9,5
Bruttosozialprodukt	5,3	6,5	7,5	5,6	7,5	8,0	7,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	859,4	883,0	928,5	417,1	466,0	434,5	494,0
Übertragene Einkommen ⁶⁾	424,6	473,0	511,5	228,9	244,0	249,5	261,5
Entnahmen ⁷⁾	476,5	520,5	577,5	264,2	256,0	287,5	290,0
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	27,2	33,5	38,5	16,1	17,0	19,0	19,5
Geleistete Übertragungen ⁸⁾	42,2	45,0	47,5	21,7	23,5	23,0	24,5
Verfügbares Einkommen	1691,1	1798,0	1931,0	872,5	925,5	929,5	1001,5
Privater Verbrauch	1474,5	1578,5	1688,5	761,1	817,5	814,5	874,0
Ersparnis	216,7	219,5	242,5	111,4	108,0	115,0	127,5
Sparquote (vH) ⁹⁾	12,8	12,2	12,6	12,8	11,7	12,4	12,7

noch: Bundesrepublik Deutschland
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1990	1991	1992	1991		1992	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltssumme	9,8	3,0	5,0	1,8	3,5	4,0	6,0
Übertragene Einkommen ⁶⁾	6,8	11,5	8,0	12,6	10,0	9,0	7,5
Entnahmen ⁷⁾	8,7	9,0	11,0	10,7	7,5	9,0	13,0
Verfügbares Einkommen	8,8	6,5	7,5	6,6	6,0	6,5	8,0
Privater Verbrauch	7,7	7,0	7,0	7,3	7,0	7,0	7,0
Ersparnis	16,8	1,5	10,5	1,9	0,5	3,5	17,5

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates¹⁰⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	611,6	688,0	746,0	312,2	376,0	356,0	390,0
Sozialbeiträge	457,9	510,0	540,0	237,5	272,5	257,0	283,0
Erwerbseinkünfte	34,0	37,0	45,5	20,2	17,0	28,0	17,0
Sonstige Einnahmen ³⁾	27,2	34,5	38,0	15,4	19,0	18,0	20,5
Vermögensübertragungen ³⁾	7,6	7,5	8,0	4,0	3,5	3,5	4,5
Einnahmen insgesamt	1138,3	1277,0	1377,0	589,3	687,5	662,0	715,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	516,1	553,5	589,5	255,5	298,5	272,5	317,0
Zinsen	67,5	75,5	92,0	38,8	37,0	48,5	43,5
Laufende Übertragungen	556,6	624,0	657,5	302,2	321,5	319,0	338,5
Private Haushalte	429,2	481,0	522,0	234,1	247,0	256,0	266,0
Unternehmen	89,8	78,0	75,5	33,5	44,5	35,0	40,5
Übrige Welt ³⁾	37,7	64,5	60,0	34,6	30,0	28,0	32,0
Vermögensübertragungen ³⁾	34,7	52,0	59,5	21,7	30,5	27,0	33,0
Nettoinvestitionen	43,6	50,5	57,0	20,8	30,0	23,5	33,5
Ausgaben insgesamt	1218,4	1356,0	1455,5	638,9	717,0	690,5	765,5
Finanzierungssaldo	-80,1	-79,5	-78,5	-49,7	-29,5	-28,0	-50,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	1,5	12,5	8,5	9,8	15,0	14,0	4,0
Sozialbeiträge	6,5	11,5	6,0	7,5	15,0	8,0	4,0
Erwerbseinkünfte	7,9	9,0	22,5	-2,7	27,5	39,0	2,5
Sonstige Einnahmen ³⁾	3,7	27,0	10,5	24,6	29,0	16,0	6,0
Vermögensübertragungen ³⁾	17,8	-3,0	7,0	16,7	-19,0	-12,0	29,5
Einnahmen insgesamt	3,8	12,0	8,0	8,8	15,5	12,5	4,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	6,5	7,5	6,5	6,4	8,0	7,0	6,5
Zinsen	5,1	12,0	21,5	11,3	13,0	24,5	18,5
Laufende Übertragungen	12,4	12,0	5,5	15,1	9,5	5,5	5,0
Private Haushalte	7,2	12,0	8,5	13,5	11,0	9,5	7,5
Unternehmen	49,8	-13,0	-3,5	-11,8	-14,0	4,0	-9,0
Übrige Welt ³⁾	7,7	71,5	-7,0	88,7	55,0	-19,5	7,0
Vermögensübertragungen ³⁾	12,2	50,5	14,5	44,7	55,0	24,0	7,5
Nettoinvestitionen	10,0	16,5	12,0	14,3	18,0	12,5	12,0
Ausgaben insgesamt	9,3	11,5	7,5	12,0	10,5	8,0	6,5

¹⁾ Bruttoinlandsprodukt zu Preisen vom 2. Hj. 1990 je Erwerbstätigenstunde. — ²⁾ Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Beschäftigte Inländer). — ³⁾ Angaben für die Bundesrepublik um innerdeutsche Transaktionen bereinigt. — ⁴⁾ Finanzierungssaldo in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — ⁵⁾ Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und öffentliche Schulden. — ⁶⁾ Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträgen), Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — ⁷⁾ Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — ⁸⁾ Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbstständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich -versicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — ⁹⁾ Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — ¹⁰⁾ Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quellen: 1990 und 1. Halbjahr 1991 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes und einer empirisch gestützten Modellrechnung des DIW. 2. Halbjahr 1991 und 1992 Schätzung des DIW. Geschätzte Werte gerundet.

Westdeutschland
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1991 und 1992

	1990	1991	1992	1991		1992	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Sozialprodukts
a) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	2,9	3,0	1,5	3,1	3,0	2,0	1,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-1,0	-1,5	-1,5	-1,3	-1,5	-1,5	-1,5
Arbeitstage	-0,6	0,0	1,0	-0,7	0,5	0,5	1,5
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	1,3	1,5	1,0	1,0	2,0	1,0	1,0
Produktivität ¹⁾	3,4	2,0	0,0	3,4	0,5	0,0	0,5
Bruttoinlandsprodukt real	4,7	3,5	1,0	4,5	2,5	1,0	1,5

b) 1000 Personen

Erwerbstätige (im Inland)	28433	29270	29655	28981	29555	29520	29790
Arbeitslose	1883	1690	1680	1736	1645	1760	1600
Arbeitslosenquote (vH) ²⁾	6,9	6,1	6,1	6,3	5,9	6,3	5,8
Kurzarbeiter	56	150	140	130	170	185	95

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1299,2	1377,0	1456,5	666,7	710,0	704,0	752,5
Staatsverbrauch	443,1	467,5	496,5	216,0	251,5	229,0	267,5
Anlageinvestitionen	509,5	568,0	608,0	266,0	302,0	287,5	321,0
Ausrüstungen	234,5	261,5	276,5	122,4	139,5	129,0	147,5
Bauten	275,0	306,0	331,5	143,6	162,5	158,5	173,0
Vorratsveränderung	19,5	39,0	38,5	22,6	16,5	20,0	18,5
Außenbeitrag	154,2	161,0	155,0	85,3	76,0	87,0	67,5
Ausfuhr	872,9	998,5	1062,0	489,9	508,5	526,5	535,5
Einfuhr	718,7	837,5	907,0	404,6	433,0	439,5	467,5
Bruttosozialprodukt	2425,5	2612,5	2755,0	1256,6	1356,0	1327,5	1427,5
nachrichtlich: Leistungsbilanzsaldo ³⁾	70,2	-2,5	-11,5	-5,8	3,5	3,0	-14,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	7,4	6,0	6,0	6,6	5,5	5,5	6,0
Staatsverbrauch	5,8	5,5	6,0	4,2	6,5	6,0	6,5
Anlageinvestitionen	12,9	11,5	7,0	11,7	11,0	8,0	6,5
Ausrüstungen	14,5	11,5	5,5	14,2	9,5	5,5	6,0
Bauten	11,5	11,5	8,5	9,7	13,0	10,5	6,5
Ausfuhr	10,8	14,5	6,5	17,7	11,5	7,5	5,0
Einfuhr	11,7	16,5	8,5	17,5	15,5	8,5	8,0
Bruttosozialprodukt	8,0	7,5	5,5	8,7	7,0	5,5	5,5

3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen von 1985

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	1211,1	1239,0	1263,5	607,2	631,5	614,0	649,5
Staatsverbrauch	390,5	393,0	399,5	191,1	202,0	193,5	206,0
Anlageinvestitionen	458,6	488,5	497,5	231,6	257,0	237,5	260,0
Ausrüstungen	220,9	241,0	247,5	113,8	127,5	116,5	131,0
Bauten	237,7	247,0	250,0	117,8	129,5	121,0	129,0
Vorratsveränderung	22,5	40,0	38,0	24,5	15,5	21,5	16,5
Außenbeitrag	56,0	46,0	25,5	30,4	15,5	23,5	2,5
Ausfuhr	844,0	946,0	978,5	467,7	478,5	491,5	487,0
Einfuhr	788,1	900,5	953,0	437,3	463,0	468,0	484,5
Bruttosozialprodukt	2138,7	2206,0	2224,5	1084,8	1121,5	1090,5	1134,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	2082,7	2160,5	2199,0	1054,4	1106,0	1067,0	1132,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	4,7	2,5	2,0	3,5	1,0	1,0	3,0
Staatsverbrauch	2,1	0,5	1,5	-0,3	1,5	1,5	2,0
Anlageinvestitionen	8,8	6,5	2,0	7,2	6,0	2,5	1,5
Ausrüstungen	12,9	9,0	2,5	12,4	6,5	2,0	3,0
Bauten	5,3	4,0	1,0	2,6	5,0	3,0	-0,5
Ausfuhr	9,9	12,0	3,5	15,4	9,0	5,0	2,0
Einfuhr	11,9	14,0	6,0	15,4	13,0	7,0	4,5
Bruttosozialprodukt	4,5	3,0	1,0	4,5	2,0	0,5	1,0
nachrichtlich: Inlandsnachfrage	5,0	3,5	2,0	4,2	3,5	1,0	2,5

noch: Westdeutschland
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1990	1991	1992	1991		1992	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (1985 = 100)
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	2,6	3,5	3,5	3,0	4,0	4,5	3,0
Staatsverbrauch	3,7	5,0	4,5	4,6	5,0	4,5	4,5
Anlageinvestitionen	3,7	4,5	5,0	4,2	5,0	5,5	5,0
Ausrüstungen	1,4	2,0	3,0	1,6	2,5	3,0	3,0
Bauten	5,9	7,0	7,0	6,9	7,5	7,0	7,0
Ausfuhr	0,8	2,0	3,0	2,0	2,0	2,5	3,5
Einfuhr	-0,2	2,0	2,5	1,9	2,0	1,5	3,0
Bruttosozialprodukt	3,4	4,5	4,5	4,0	5,0	5,0	4,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	1313,9	1425,0	1497,0	661,5	763,5	704,5	792,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	1069,8	1159,5	1219,0	538,4	621,0	573,5	645,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	743,0	781,5	812,5	368,9	412,5	381,0	431,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	557,5	569,5	585,5	298,0	271,5	296,5	289,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	473,6	474,5	487,0	254,7	220,0	248,0	239,0
Entnahmen ⁴⁾ ⁶⁾	396,7	415,5	451,0	215,3	200,5	230,5	220,5
Nichtentnommene Gewinne	76,9	59,0	36,5	39,4	19,5	18,0	18,5
Volkseinkommen	1871,5	1994,5	2083,0	959,5	1035,0	1001,0	1082,0
Abschreibungen	299,7	326,0	357,0	159,3	166,5	174,5	182,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	254,4	292,0	314,5	137,9	154,0	152,0	163,0
Bruttosozialprodukt	2425,5	2612,5	2755,0	1256,6	1356,0	1327,5	1427,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	7,5	8,5	5,0	8,1	9,0	6,5	4,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme	7,8	8,5	5,0	8,3	8,5	6,5	4,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	10,7	5,0	4,0	6,2	4,0	3,5	4,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	4,7	6,0	5,0	5,8	6,5	6,0	4,0
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	7,5	3,0	3,5	3,8	2,5	2,5	4,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	8,8	2,0	3,0	6,5	-2,5	-0,5	6,5
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	12,1	0,0	2,5	6,4	-6,0	-2,5	8,5
Entnahmen ⁴⁾ ⁶⁾	10,0	5,0	8,5	5,9	3,5	7,0	10,0
Volkseinkommen	7,9	6,5	4,5	7,6	5,5	4,5	4,5
Abschreibungen	7,3	9,0	9,5	8,3	9,5	9,5	9,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	9,9	14,5	8,0	17,2	12,5	10,0	5,5
Bruttosozialprodukt	8,0	7,5	5,5	8,7	7,0	5,5	5,5

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	743,0	781,5	812,5	368,9	412,5	381,0	431,5
Übertragene Einkommen ⁵⁾	378,9	401,0	422,0	194,8	206,0	206,0	216,0
Entnahmen ⁶⁾	448,5	477,5	519,5	246,4	231,0	261,5	257,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	22,1	25,5	29,5	12,4	13,0	14,5	15,0
Geleistete Übertragungen ⁷⁾	39,6	42,0	44,5	20,2	22,0	21,5	23,0
Verfügbares Einkommen	1508,8	1592,0	1679,5	777,6	814,5	813,0	866,5
Privater Verbrauch	1299,2	1377,0	1456,5	666,7	710,0	704,0	752,5
Ersparnis	209,6	215,0	223,0	110,9	104,5	109,0	114,0
Spärquote (vH) ⁸⁾	13,9	13,5	13,3	14,3	12,8	13,4	13,2

noch: Westdeutschland
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1990	1991	1992	1991		1992	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltssumme	10,7	5,0	4,0	6,2	4,0	3,5	4,5
Übertragene Einkommen ⁵⁾	5,2	6,0	5,5	5,4	6,0	6,0	5,0
Entnahmen ⁶⁾	9,7	6,5	8,5	8,9	4,0	6,0	11,5
Verfügbares Einkommen	9,1	5,5	5,5	6,8	4,5	4,5	6,5
Privater Verbrauch	7,4	6,0	6,0	6,6	5,5	5,5	6,0
Ersparnis	20,9	2,5	3,5	8,0	-2,5	-2,0	9,5

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁹⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	574,0	659,5	707,5	300,3	359,0	337,5	370,0
Sozialbeiträge	410,6	452,0	474,0	211,1	241,0	226,0	248,0
Erwerbseinkünfte	33,8	36,0	44,5	19,8	16,5	28,0	17,0
Sonstige Einnahmen	25,9	28,0	29,5	13,1	15,0	13,5	16,0
Vermögensübertragungen	7,6	7,5	8,0	4,0	3,5	3,5	4,5
Einnahmen insgesamt	1051,9	1183,0	1263,5	548,3	635,0	608,0	655,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	443,1	467,5	496,5	216,0	251,5	229,0	267,5
Zinsen	63,5	72,5	83,5	38,5	34,0	44,5	39,0
Laufende Übertragungen	518,7	608,0	629,5	307,9	300,0	309,0	320,0
Private Haushalte	382,9	404,0	425,0	198,0	206,0	209,0	216,0
Unternehmen	53,3	57,0	57,5	25,6	31,5	26,0	31,0
Übrige Welt	82,4	147,0	147,0	84,4	62,5	74,0	73,0
Vermögensübertragungen	33,0	49,5	56,0	20,0	29,5	24,5	31,5
Nettoinvestitionen	39,9	42,0	43,0	17,7	24,5	18,0	25,0
Ausgaben insgesamt	1098,1	1239,5	1309,0	600,1	639,5	625,0	683,5
Finanzierungssaldo	-46,2	-56,5	-45,5	-51,8	-4,5	-17,0	-28,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	2,5	15,0	7,5	14,0	15,5	12,5	3,0
Sozialbeiträge	7,1	10,0	5,0	8,2	12,0	7,0	3,0
Erwerbseinkünfte	7,9	7,5	23,5	-4,2	25,5	40,0	3,0
Sonstige Einnahmen	3,8	9,0	4,5	11,4	6,5	4,5	5,0
Vermögensübertragungen	17,8	-3,0	7,0	16,7	-19,0	-12,0	29,5
Einnahmen insgesamt	4,6	12,5	7,0	10,9	14,0	11,0	3,0
Ausgaben							
Staatsverbrauch	5,8	5,5	6,0	4,2	6,5	6,0	6,5
Zinsen	5,5	14,0	15,0	17,2	11,0	15,5	14,5
Laufende Übertragungen	14,0	17,0	3,5	32,5	5,0	0,5	6,5
Private Haushalte	5,2	5,5	5,0	5,0	6,0	5,5	5,0
Unternehmen	4,6	7,5	0,0	11,2	4,5	2,0	-1,5
Übrige Welt	105,6	78,0	0,0	304,5	1,5	-12,5	17,0
Vermögensübertragungen	6,9	49,5	14,0	49,7	49,5	23,5	7,0
Nettoinvestitionen	7,9	5,0	3,0	4,5	5,5	1,5	3,5
Ausgaben insgesamt	9,6	13,0	5,5	19,4	7,5	4,0	7,0

1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen von 1985 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Beschäftigte Inländer). — 3) Finanzierungssaldo in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — 4) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und öffentliche Schulden. — 5) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträgen), Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6) Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — 7) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich -versicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 8) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — 9) Gebietskörperschaften, ERP, Lastenausgleichsfonds und Sozialversicherung.

Quellen: 1990 und 1. Halbjahr 1991 nach Angaben des Statistischen Bundesamtes (vgl. Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen) sowie eigenen Berechnungen von Arbeitszeit und Produktivität. 2. Halbjahr 1991 und 1992 Schätzung des DIW. Geschätzte Werte gerundet.

Ostdeutschland
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
Vorausschätzung für die Jahre 1991 und 1992

	1990	1991	1992	1991		1992	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

1. Entstehung des Sozialprodukts
a) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Erwerbstätige (im Inland)	-10,3	-21,0	-16,0	-21,3	-21,0	-19,5	-12,0
Arbeitszeit (arbeitstäglich)	-5,1	-18,5	9,0	-23,3	-12,0	10,5	7,0
Arbeitstage	-1,3	-0,5	1,5	-2,0	0,5	1,0	2,0
Arbeitsvolumen (kalendermonatlich)	-15,9	-36,0	-7,5	-40,9	-30,0	-10,5	-4,5
Produktivität ¹⁾	2,2	20,0	19,5	11,8	29,5	22,0	17,0
Bruttoinlandsprodukt real	-14,0	-23,5	10,5	-33,9	-9,5	9,0	12,0

b) 1000 Personen

Erwerbstätige (im Inland)	8847	6975	5850	7357	6595	5915	5790
Arbeitslose	240	915	1370	796	1030	1345	1395
Arbeitslosenquote (vH) ²⁾	2,7	11,7	18,7	10,0	13,5	18,2	19,1
Kurzarbeiter	758	1620	690	1944	1295	745	635

2. Verwendung des Sozialprodukts in jeweiligen Preisen

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	175,2	201,5	232,0	94,4	107,0	110,5	121,5
Staatsverbrauch	73,0	86,0	93,0	39,5	46,5	44,0	49,0
Anlageinvestitionen	48,3	67,0	88,0	28,0	39,0	42,0	46,5
Ausrüstungen	20,0	33,0	44,0	13,7	19,5	22,0	22,0
Bauten	28,3	33,5	44,0	14,3	19,5	19,5	24,5
Vorratsveränderung	-9,7	20,0	14,0	14,3	5,5	14,0	0,0
Außenbeitrag	-48,4	-145,5	-130,0	-71,3	-74,0	-70,0	-60,0
Ausfuhr	60,8	63,5	85,0	27,5	36,0	39,5	45,5
Einfuhr	109,2	208,5	215,0	98,8	110,0	109,5	106,0
Bruttosozialprodukt	238,4	229,0	297,0	104,9	124,0	140,5	156,5
nachrichtlich:							
Leistungsbilanzsaldo ³⁾	-2,8	-42,0	-18,0	-13,4	-28,5	-12,0	-5,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	9,6	15,0	15,0	13,1	17,0	17,0	13,0
Staatsverbrauch	10,7	18,0	8,5	20,2	16,0	11,5	5,5
Anlageinvestitionen	-3,5	38,5	31,5	14,3	63,5	49,0	19,0
Ausrüstungen	1,6	66,5	32,5	32,3	103,0	61,0	12,5
Bauten	-6,7	18,5	31,0	1,1	36,5	37,5	26,0
Ausfuhr	13,0	4,0	34,5	-2,3	10,0	44,0	27,0
Einfuhr	75,8	91,0	3,0	181,3	48,5	10,5	-3,5
Bruttosozialprodukt	-16,0	-4,0	29,5	-21,1	18,0	33,5	26,0

3. Verwendung des Sozialprodukts zu Preisen vom 2. Hj. 1990

a) Mrd. DM

Privater Verbrauch	176,0	181,5	189,5	88,0	93,5	92,0	97,5
Staatsverbrauch	74,9	76,5	72,5	37,2	39,0	35,5	37,0
Anlageinvestitionen	48,7	63,0	78,0	26,9	36,0	37,5	40,0
Ausrüstungen	20,0	32,5	42,0	13,5	19,0	21,0	20,5
Bauten	28,7	30,5	36,0	13,5	17,0	16,5	19,5
Vorratsveränderung	-5,1	19,5	13,5	14,5	5,0	14,5	-1,0
Außenbeitrag	-50,0	-145,0	-127,5	-71,4	-73,5	-69,5	-58,0
Ausfuhr	59,4	61,0	78,5	26,9	34,0	36,5	41,5
Einfuhr	109,4	206,0	205,5	98,3	108,0	106,0	99,5
Bruttosozialprodukt	244,6	196,0	225,5	95,2	100,5	110,0	115,5
nachrichtlich:							
Inlandsnachfrage	294,5	341,0	352,5	166,6	174,0	179,0	173,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	12,6	3,0	4,0	4,4	2,0	4,5	4,0
Staatsverbrauch	5,0	2,0	-5,5	7,1	-2,5	-5,0	-5,5
Anlageinvestitionen	-5,2	29,5	23,5	7,8	52,0	39,5	11,5
Ausrüstungen	0,5	62,0	29,0	29,3	97,5	56,5	9,5
Bauten	-8,8	6,5	18,0	-7,6	21,5	22,5	14,0
Ausfuhr	19,1	3,0	28,0	0,8	4,5	36,5	21,5
Einfuhr	72,4	88,5	0,0	178,7	45,5	8,0	-7,5
Bruttosozialprodukt	-13,3	-20,0	15,0	-31,6	-4,5	15,5	15,0
nachrichtlich:							
Inlandsnachfrage	-0,4	15,5	3,5	12,7	18,5	7,5	-0,5

noch: Ostdeutschland
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1990	1991	1992	1991		1992	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Sozialprodukts (2. Hj. 1990 = 100)
Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Privater Verbrauch	-2,7	11,5	10,5	8,3	14,5	12,0	9,0
Staatsverbrauch	5,5	15,5	14,5	12,2	19,0	17,0	12,0
Anlageinvestitionen	1,8	7,0	6,5	6,0	7,5	7,0	7,0
Ausrüstungen	1,0	2,5	3,0	2,3	3,0	3,0	3,0
Bauten	2,3	11,5	11,0	9,4	12,5	12,0	10,5
Ausfuhr	-5,1	1,5	5,0	-3,1	5,0	5,5	4,5
Einfuhr	2,0	1,5	3,5	0,9	2,0	2,5	4,0
Bruttosozialprodukt	-3,1	20,0	12,5	15,4	23,5	16,0	10,0

5. Einkommensentstehung und -verteilung
a) Mrd. DM

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	164,3	163,0	190,0	74,6	88,5	88,5	101,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	142,9	137,0	160,0	62,8	74,0	74,5	85,5
Nettolohn- und -gehaltsumme	116,3	102,0	116,0	48,2	53,5	53,0	62,5
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	54,0	41,0	74,5	16,2	24,5	36,5	38,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	45,4	35,5	68,0	14,0	21,5	33,0	35,0
Entnahmen ⁴⁾⁶⁾	19,1	32,5	41,5	14,2	18,5	18,0	23,5
Nichtentnommene Gewinne	26,3	3,0	26,5	-0,2	3,0	15,0	11,5
Volkseinkommen	218,3	204,0	264,5	90,8	113,0	125,0	139,5
Abschreibungen	30,2	31,0	32,5	15,3	16,0	16,0	16,5
Indirekte Steuern ./ Subventionen	-10,1	-6,0	0,5	-1,1	-5,0	-0,5	1,0
Bruttosozialprodukt	238,4	229,0	297,0	104,9	124,0	140,5	156,5

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	4,1	-0,5	16,5	-16,4	18,0	18,5	14,5
Bruttolohn- und -gehaltsumme	5,0	-4,0	17,0	-18,4	12,5	19,0	15,0
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,9	-12,5	14,0	-22,9	0,0	10,5	17,0
Bruttolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	18,0	20,0	34,5	3,8	38,0	41,0	28,5
Nettolohn- und -gehaltsumme je Beschäftigten	17,9	9,5	31,0	-2,0	22,5	31,0	30,0
Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-24,9	-24,5	82,0	-40,6	-8,0	124,5	54,0
Nettoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen	-28,5	-21,5	91,5	-41,7	1,0	137,5	61,5
Entnahmen ⁴⁾⁶⁾	-16,2	71,5	27,0	62,4	79,0	28,0	26,5
Volkseinkommen	-5,0	-6,5	29,5	-22,0	11,0	37,5	23,0
Abschreibungen	1,4	3,0	4,0	2,6	3,5	3,5	4,0
Indirekte Steuern ./ Subventionen	—	—	—	—	—	—	—
Bruttosozialprodukt	-16,0	-4,0	29,5	-21,1	18,0	33,5	26,0

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte
a) Mrd. DM

Nettolohn- und -gehaltsumme	116,3	102,0	116,0	48,2	53,5	53,0	62,5
Übertragene Einkommen ⁵⁾	45,7	72,0	89,5	34,1	38,0	43,5	46,0
Entnahmen ⁶⁾	28,0	43,0	58,5	17,8	25,0	26,0	32,5
Abzüge:							
Zinsen auf Konsumentenschulden	5,1	7,5	9,0	3,7	4,0	4,5	4,5
Geleistete Übertragungen ⁷⁾	2,6	3,0	3,0	1,5	1,5	1,5	1,5
Verfügbares Einkommen	182,3	206,0	251,5	95,0	111,0	117,0	134,5
Privater Verbrauch	175,2	201,5	232,0	94,4	107,0	110,5	121,5
Ersparnis	7,1	4,5	19,5	0,5	4,0	6,5	13,5
Sparquote (vH) ⁸⁾	3,9	2,1	7,8	0,6	3,4	5,4	9,9

noch: Ostdeutschland
Die wichtigsten Daten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

	1990	1991	1992	1991		1992	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr							
Nettolohn- und -gehaltsumme	4,9	—12,5	14,0	—22,9	0,0	10,5	17,0
Übertragene Einkommen ⁴⁾	22,1	57,5	24,0	85,4	39,0	27,5	21,0
Entnahmen ⁵⁾	—4,5	53,0	36,0	43,0	61,0	45,5	29,5
Verfügbares Einkommen	6,0	13,0	22,0	5,3	20,5	23,0	21,5
Privater Verbrauch	9,6	15,0	15,0	13,1	17,0	17,0	13,0
Ersparnis	—	—	—	—	—	—	—

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁹⁾

a) Mrd. DM

Einnahmen							
Steuern	37,6	28,5	38,5	11,9	17,0	18,5	20,0
Sozialbeiträge	47,3	58,0	66,0	26,4	31,5	31,0	35,5
Erwerbseinkünfte	0,2	1,0	0,5	0,4	0,5	0,5	0,5
Sonstige Einnahmen	46,2	98,0	106,0	55,5	42,5	54,5	51,5
Vermögensübertragungen	0,0	16,5	20,0	5,9	10,5	9,5	11,0
Einnahmen insgesamt	131,3	201,5	231,0	100,0	101,5	113,5	117,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	73,0	86,0	93,0	39,5	46,5	44,0	49,0
Zinsen	4,0	3,0	8,5	0,3	3,0	4,0	4,5
Laufende Übertragungen	82,8	107,5	125,0	47,5	60,0	60,0	65,0
Private Haushalte	46,2	77,0	97,0	36,2	41,0	47,0	50,0
Unternehmen	36,5	21,0	18,0	7,9	13,0	9,0	9,5
Übrige Welt	0,1	9,0	10,0	3,4	6,0	4,0	6,0
Vermögensübertragungen	1,6	19,0	23,5	7,6	11,5	11,5	12,0
Nettoinvestitionen	3,7	9,0	14,0	3,1	5,5	5,5	8,5
Ausgaben insgesamt	165,1	224,5	264,0	97,9	126,5	124,5	139,5
Finanzierungssaldo	-33,8	-23,0	-33,0	2,1	-25,0	-11,5	-22,0

b) Veränderung in vH gegenüber Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	-11,8	-24,0	34,0	-43,3	0,5	56,5	18,0
Sozialbeiträge	1,8	22,5	14,0	1,6	47,5	16,5	12,0
Erwerbseinkünfte	—	—	—	—	—	—	—
Sonstige Einnahmen	—	—	—	—	—	—	—
Vermögensübertragungen	—	—	—	—	—	—	—
Einnahmen insgesamt	37,2	53,5	14,5	99,3	25,5	13,5	15,5
Ausgaben							
Staatsverbrauch	10,7	18,0	8,5	20,2	16,0	11,5	5,5
Zinsen	—	—	—	—	—	—	—
Laufende Übertragungen	82,6	29,5	16,5	44,7	19,5	26,5	9,0
Private Haushalte	27,1	67,0	25,5	103,7	44,0	30,0	22,0
Unternehmen	305,6	-42,5	-13,0	-47,2	-39,5	11,0	-27,5
Übrige Welt	—	—	—	—	—	—	—
Vermögensübertragungen	—	—	—	—	—	—	—
Nettoinvestitionen	39,5	138,5	57,0	147,8	133,5	76,5	47,0
Ausgaben insgesamt	40,0	36,0	17,5	38,8	33,5	27,5	10,0

1) Bruttoinlandsprodukt zu Preisen vom 2. Hj. 1990 je Erwerbstätigenstunde. — 2) Arbeitslose in vH der Erwerbspersonen (Beschäftigte Inländer). — 3) Finanzierungssaldo in der Abgrenzung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung. — 4) Nach Abzug der Zinsen auf Konsumenten- und öffentliche Schulden. — 5) Soziale Leistungen (nach Abzug der Lohnsteuer auf Pensionen, der Beiträge des Staates für Empfänger sozialer Leistungen und deren Eigenbeiträgen), Vorruhestandsgeld sowie Übertragungen an Organisationen ohne Erwerbszweck. — 6) Entnommene Gewinne und Vermögenseinkommen. — 7) Nicht zurechenbare Steuern, freiwillige Sozialbeiträge der Selbständigen, Hausfrauen u.ä., Rückerstattungen und sonstige laufende Übertragungen an den Staat, Nettoprämien für Schadenversicherungen abzüglich -versicherungsleistungen, internationale private Übertragungen. — 8) Ersparnis in vH des verfügbaren Einkommens. — 9) Länder, Gemeinden und Sozialversicherung.

Quellen: Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes für das 2. Halbjahr 1990 (vgl. Wirtschaft und Statistik, Heft 5, 1991) und einer empirisch gestützten Modellrechnung des DIW. Die am Jahresende 1991 vom Statistischen Bundesamt veröffentlichten korrigierten Werte für das 2. Halbjahr 1990 konnten nicht mehr berücksichtigt werden. 2. Halbjahr 1991 und 1992 Schätzung des DIW. Geschätzte Werte gerundet.

Aus den Veröffentlichungen des DIW Sonderhefte

Erscheinen als neue Folge wieder seit 1948. Format DIN A 5.

- Nr. 135 **Elemente regionaler Wohnungsmarkmodelle und offene Fragen der Wohnungsmarkanalyse.** Von Bernd Bartholmai. 43 S. 1982. DM 22,60.
- Nr. 136 **Entwicklung und Struktur des deutsch-sowjetischen Handels — Seine Bedeutung für die Volkswirtschaften der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion.** Von Jochen Bethkenhagen und Heinrich Machowski. 83 S. 1982. DM 44,—.
- Nr. 137 **Berechnung der Kosten für die Wege des Eisenbahn-, Straßen-, Binnenschiffs- und Luftverkehrs in der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 1981.** Von Heinz Enderlein. 59 S. 1983. DM 22,60.
- Nr. 138 **Die Bedeutung des innerdeutschen Handels für die Wirtschaft der DDR.** Von Doris Cornelsen, Horst Lambrecht, Manfred Melzer und Cord Schwartau. 203 S. 1983. DM 84,—.
- Nr. 139 **Beurteilung der Wirtschaftlichkeitsschwelle und Analyse der Produktionskapazitäten bei neuen Technologien zur Energieeinsparung in mittel- und längerfristiger Sicht.** Von Hans-Joachim Ziesing. 458 S. 1983. DM 198,—.
- Nr. 140 **Neuorientierung in den Beziehungen zwischen der Europäischen Gemeinschaft und den Entwicklungsländern.** Von Fritz Franzmeyer, Hans J. Petersen (Hrsg.). 251 S. 1984. DM 44,60.
- Nr. 141 **Messen und Ausstellungen als expansive Dienstleistungen.** Von Uwe Müller. 100 S. 1985. DM 22,60.
- Nr. 142 **Präferenzregelung der Forschungs- und Entwicklungsförderung in Berlin.** Von Kurt Hornschild. 68 S. 1985. DM 19,80.
- Nr. 143 **Regionale Beschäftigungsentwicklung und produktionsorientierte Dienstleistungen.** Von Franz-Josef Bade. 280 S. 1987. DM 56,—.
- Nr. 144 **Der Beitrag der Europäischen Gemeinschaft zur Bekämpfung des Hungers in der Welt.** Von Peter Hrubesch und Siegfried Schultz (Hrsg.). 259 S. 1987. DM 54,—.
- Nr. 145 **Die Beseitigung von Steuergrenzen in der Europäischen Gemeinschaft — Vorteile und Probleme einer Harmonisierung von Mehrwertsteuer und Verbrauchsteuern im europäischen Binnenmarkt.** Von Rüdiger Parsche, Bernhard Seidel und Dieter Teichmann unter Mitarbeit von Georg Erber und Hansjörg Haas. 468 S. 1988. DM 82,60.
- Nr. 146 **Die Auswirkungen des Binnenmarktes auf die Entwicklungen der Regionen in der Europäischen Gemeinschaft.** Von Fritz Franzmeyer. (Hrsg.). 252 S. 1991. DM 62,—.

Herausgeber: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Königin-Luise-Str. 5, D-1000 Berlin 33
Telefon (0 30) 82 99 10 — Telefax (0 30) 82 99 12 00

Präsident: Prof. Dr. Lutz Hoffmann.

Abteilungsleiterkollegium: Dr. Doris Cornelsen, Dr. Heiner Flassbeck, Dr. Fritz Franzmeyer, Dr. Hans Heuer,
Dr. Kurt Hornschild, Prof. Dr. Wolfgang Kirner, Prof. Dr. Eckhard Kutter, Dr. Hans-Joachim Ziesing.

Präsident und Abteilungsleiter sind gemeinsam für die wissenschaftliche Leitung verantwortlich.

Schriftleitung: Dr. Klaus Henkner.

Grundlinien der Wirtschaftsentwicklung 1992. Bearbeitet vom Arbeitskreis Konjunktur im DIW.

Verlag Duncker & Humblot GmbH, Dietrich-Schäfer-Weg 9, D-1000 Berlin 41, Telefon (0 30) 7 90 00 60.

Nachdruck und sonstige Verbreitung — auch auszugsweise — nur mit Quellenangabe zulässig.

Druck: ZIPPEL-Druck, Oranienburger Str. 170, D-1000 Berlin 26.

Bezugspreis für den Jahrgang DM 150,—, vierteljährlich DM 45,—, Einzelnummer DM 5,—.

Zuzüglich Versandspesen